

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 230. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 1903.

Montag-Ausgabe Montag, 18. Mai 1903.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 87. Telefon Nr. 158. Schriffführung Dr. Wilhelm Obernichten in Halle a. S.

Die Gemeinferten.

Bekanntlich hat die allermodernste governmentale Sozialpolitik die Voraussetzung zur Unterlage, daß bei den Sozialdemokraten eine Meinung nicht zu erkennen wäre. An und für sich wäre es ja ungewöhnlich höchst wünschenswert, wenn unsere Arbeiterklasse auf die Sozialdemokratie eintreffend in dem Sinne einwirkte, daß die Massen ihren Führern eine gemäßigtere Stellung anwünschten. Leider ist aber von einer solchen Evolution in Wirklichkeit rein gar nichts zu spüren. Nur dort, wo man einen Entschuldigungsvertrag für das Gedächtnis mit den Propheten des Unlutsches benötigt, attestiert man sich die „Tatsache“, daß die Sozialdemokratie gemeinfertig habe.

Die sozialdemokratischen Führer müßten denken sein, wenn sie sich jenes offizielle Bedürfnis nach „Meinung“ nicht zu nütze machen, das überall dort vorkommt, wo man von einem leitenden Fortschritt der kommunisch-revolutionären Propaganda nichts wissen will, also vornehmlich auch in unrennen Regierungskreisen. Dem „Wohlfahrt“ entspricht man, indem man Vertrauen und andere Theoretiker aus der Partei löst, dafür bezahlt, daß sie „Gemeinfertigkeit“ in gewissen Kreisen schreiben und sich bewegen dann mit Rautsch herumzantzen. Aber etwas genauer zuseht, wird leicht erkennen, daß es bei diesen Fäulnereien keinen von beiden Ernst ist, wohl aber beide mit verteilten Rollen für die Sozialdemokratie agieren.

Draußen aber bei den Wahlkämpfen, da lautet es ganz anders als in den grundgesetzlichen Kritiken, mit denen ich Vernunft sogar an Marx'sche Offenbarungen heranwagen darf. So sprach ich z. B. der ehemalige Volksschullehrer Kuntz, der jetzt die Unzufriedenheit sollte im Reichstage verteidigen, in einer zu Übersichts gehaltenen Rede über die Verfassung des Reichstages, in der er sich weidlich über die Verfassung des Reichstages äußerte, daß ein Herr Kuntz berechnete, daß schon bisher jeder vierte Mann im Deutschen Reich Sozialdemokrat gewesen sei. Die jetzt bevorstehenden Reichstagswahlen würden zeigen, daß bereits die Hälfte der Wähler zur Sozialdemokratie gehört. Damit sei es indessen keineswegs genug, man müsse die andere Hälfte auch zu Sozialdemokraten machen. Gelingen das bei oberirdischer Arbeit nicht, so müsse es unterirdisch geschehen. In der Welt, der sich nicht aufklären lassen wolle, würde man Mittel finden, um einfach in die Luft zu sprengen! Man sieht, Herr Kuntz hat es in der Meinung hinsichtlich weit gebracht, bis zur Massenwanderung von Dammitz zur Befreiung des Reiches seiner Gegner. Herr Kuntz sprach als offizieller Parteiredner in öffentlicher Versammlung vor den Ohren eines wohlhablichen Polizeis. Malt er unter diesen Umständen schon so blutrünstige Bilder seiner Anhänger aus, so läßt sich daran denken, was der Menge in den kleineren Wahlkreisen und bei der Privatbegegnung von Mann zu Mann an Haß gegen Staat und Bürgertum geboten wird.

Wie wenig aber von einer Meinung auch nur hinsichtlich des Auftretens gegenüber anderen Parteien bei den Sozialdemokraten zu spüren ist, ergibt sich daraus, daß sogar der Reichstagsredner sich genötigt gesehen hat, Sozialdemokraten ganz allgemein von seinen Versammlungen auszuschließen. Dies gilt nicht etwa nur für Berlin; die „Freisinnige Zeitung“ Eugen Richters macht in jeder Nummer, ihre Gefinnungsgenossen im Lande sollen endlich von der Gut-müthigkeit ablassen. Sozialdemokraten noch weiter in freimüthigen Versammlungen zuzulassen. Auch die jüdische Demokratie nahm Anlaß, die Sozialdemokraten von ihren Versammlungen fern zu halten, nachdem die Herren Sozi es heils darauf anlegten, „Kraus“ zu machen. In einem habsburger Wahlkreis hätte man bereits zwei sozialdemokratische Redner zum Worte gelassen, als der sozialdemokratische Kandidat des Wahlkreises aus einem anderen Orte anlangte und ebenfalls noch als Dritter das Wort unter der Drohung verlangte, sonst gäbe es Kraus! Und Kraus gab es.

Ueberhaupt herrscht in den Wahlversammlungen im Lande ein Zerwürfnis, von dem man früher kaum eine Vorstellung gehabt. Die Sozialdemokraten verlangen überall, in Versammlungen anderer Parteien zugelassen zu werden; geschieht es und erhalten sie das Wort, so kann man gewiß finden, daß sich die Versammlung in Tumult auflöst. Wenn aber jetzt sogar schon Freisinn und jüdische Volkspartei, also sowjagen die nächsten Verwandten, die Sozialdemokraten aus ihren Versammlungen fernhalten, so müßten, sofern sie ihr Hausrecht nicht aufgeben wollen, sich hierin ebenfalls, wie wenig von Meinung der Rede ein kann. Die Sozialdemokraten müßten auch eben dieses Recht, um andere zu terrorisieren. So geht es mit dem Konstitutionsrecht, mit dem Wahlrecht, mit der Versammlungsfreiheit u. s. w. In den Ministerkabinetts aber werden Meinungsbewerke mit Wohlgefallen gesammelt. Kann man sich da wundern, wenn Herr Kuntz anfängt, die bürgerliche Gesellschaft mit Dynamit zu bedrohen?

Die sogenannten Initiativentwürfe wurden immer im Reichstage ziemlich flüchtig behandelt. Damit sie wenigstens einigermaßen zu ihrem Rechte kämen, beschloß man, ihnen einen besonderen Tag in der Woche zu widmen. Dieser Tag hieß nach dem Namen des Antragstellers „Schwerinstag“. Als der Schwerinstag eingeführt wurde, gab man sich der Hoffnung hin, daß es möglich sein werde, regelmäßig in jeder Woche einen Tag der Beratung von Anträgen aus dem hohen Hause zu widmen. Wie bitter ist diese Hoffnung getäuscht worden! Der Schwerinstag wird feltener und feltener geworden. Im letzten Tagungsabschnitt haben wir, wenn wir uns recht erinnern, einen oder höchstens zwei gehabt. So ist es leicht erklärlich, daß von den Anträgen, die zu Beginn der Session ein-gebracht wurden, nur wenige erledigt worden sind, während selbstverständlich der letzter eingebrachten keiner beraten werden konnte. Doch ein derartiger Zustand bedauerlich und in vielen Beziehungen bedenklich ist, liegt auf der Hand. Nun hat man sich in jüngerer Zeit damit beholfen, die Wünsche, die man sonst zu Anträgen formuliert und als solche einbrachte, bei der Staatsberatung als Resolutionen einzubringen. Das ist nach der Geschäftsordnung möglich, vorausgesetzt, daß irgend welcher Zusammenhang zwischen der Resolutionsforderung und einem Gesetzposten sich herstellen läßt. Man schwierig ist der Zusammenhang in der Regel nicht zu konstruieren. Was für verchiedene Resolutionen können nicht befristungsweise zum Gesetz des Staatssekretärs des Reichstages des Innen eingbracht werden und sind tatsächlich eingebracht worden! Es liegt aber auf der Hand, daß durch die Resolutionen die Beratung des Staats beschleunigt, erwidert und verspart wird. Deshalb kann die beliebte gewordene Ergebung der Initiativentwürfe durch Gesetzresolutionen nur als ein bedenklicher Mißbrauch gelten. Der Reichstag wird sich der Aufgabe kaum länger entziehen können, seine Geschäftsordnung gründlich zu reformieren. In anderen Beziehungen gründlich zu reformieren. Gewiß ist solche Reform ein schweres Stück Arbeit, weil dabei die tiefstehenden grundsätzlichen Fragen aufgerollt werden und weil vorausgesetzt ist, daß die Gegenparteien hart und heftig aufeinander stehen werden. Trotzdem muß die Aufgabe gelöst werden, und ihre Lösung ist kaum zu verzweifeln. Wie die Dinge jetzt liegen, muß jeder Reichstag trotz der mühseligen und langwierigen Arbeit eine Menge Rechte hinterlassen, die den Eindruck machen, als ob er in seiner Arbeit läufig gewesen sei. Wenn solche Rechte auch niemals ganz vermieden werden können, so muß und kann doch durch zweckmäßige Milderung der Geschäftsordnung etwas geschehen, daß sie mehr vermieden werden als bisher. Daß die Geschäftsordnung nicht mehr allen berechtigten Forderungen genüge, darüber ist man sich allerorts einig. Die „Milde Lösung“ hält es deshalb für dringend wünschenswert, wenn der nächste Reichstag womöglich gleich beim Beginn seiner Tätigkeit eine Kommission einsetzt, die damit beauftragt würde, eine grundsätzliche Reform der Geschäftsordnung einzuleiten und vorzubereiten.

Einigung der vernetzten Forderungen. Die neuzeitliche Regierung hat, wie die „Milde Lösung“ entgegenstehenden anderen Mitteilungen gegenüber verspricht, die Forderungen auf die bevorstehenden Forderungen Deutschlands bisher prompt geleistet; auch die am 16. Mai fällige Rate ist glatt zur Auszahlung gelangt.

Verstärkte Wirkung der Güte. Kurz vor Schluss des Reichstages erwies sich Dr. Barth, der parlamentarische Führer der Freihändler, beinahe als Vorkämpfer für die Copwischen Handelsverträge; er meinte, auch die in den wirtschaftlichen Interessen hätten unter diesen Verträgen in keiner Weise gelitten. Jetzt, wo die Wahlen immer näher heranrücken, fühlen sich die Freihändler plötzlich bedroht, der Landwirtschaft ganz andere Dinge zu erzählen. So war dieser Tage in der Freihändlerpresse zu lesen:

Auch nach unserer Meinung ist die Landwirtschaft kein neuen Zolltarif über den Kopf herabzuwerfen, genau so, wie es auch früher die Betreuer war. Wie kommt das? Agrarische und Industriezweige müssen eben ganz verschieden der Industrie kann eine Konjunktur ausbilden. Schließt eine Folgegebung die Einfuhr ab und steigen infolgedessen die Preise, so kann er die Fabrikation forcieren. Er stellt neue Scheiter ein, ist nicht mehr Maschinen an, kauft sich Land und erwidert neue oder vergrößert die alten Betriebe. In einem, höchsten zwei Jahren produziert er das vierfache und verdient entsprechend, sobald sich die Erweiterung seiner Anlagen für ihn rentiert. Kommt dann infolge der veränderten Produktion ein Rückschlag, so ermöglicht der Zustand, die Bildung von Ringen und Kreisen, vermag besser er die Preise im Inland hochhält, die inländischen Verbraucher gehörig beföhnet und mit den so erzielten Gewinn zur Gestaltung des inneren Marktes überflüssige Vorräte in das Ausland abführt. Der Landwirt, der soziale Industrieartikeln kaufen muß, wird also durch die Industriezweige im hohen Maße behütet.

Was bringt der Zoll ihm zum besten ein? Der Landwirt kann eine Konjunktur nur in sehr beschränkter Weise ausnutzen, er kann nicht nach Belieben Heber handeln, wie der Fabrikant Maschinen, er muß sich auf seinen Grund und Boden beschränken. Der Industriezweig kann durch seine Handels den Zoll wohl ausnützen, der Getreidebauern ist von der Grenze der ganzen Welt abhängig. In eine starke Grenze so bricht der Weltmarkt aus den Preis ist die Grenze nicht, hat der Bauer nichts zu verkaufen. Aber noch mehr! Steigert der Industrie seine Produktion, so sinken in der Regel seine Einzelpreise — er liefert billiger. Will der Landwirt seine Erzeugnisse forcieren, so steigen die Kosten — er produziert teurer. Der Bauer hat nun ein bestimmtes Quantum zu verkaufen. Der Fabrikant kann sich nach dem Markt richten. Der Konsument verkauft alles, der Bauer

braucht für die eigene Wirtschaft einen erheblichen Preisnachlass seiner Produktion.

Das ist, so bemerkt dazu die „Deutsche Agrarwelt“, fast wörtlich daselbe, was wir vom agrarischen Standpunkte aus über die bisherige Zollpolitik wie über den neuen Zolltarif oft genug gesagt haben. Wie kommt nun die Freihändlerpresse dazu, wenn sie heute diese Wahrheiten einbringt, die Landwirte morgen dennoch wieder als „gegriffene Agrarier“ zu schelten, die das Volk nur weiß wie hart schon ausgebeugt haben und härter noch auszuheugen wollen?

In diesem er Mahnmig grenzen den Überdruck, wird auch gar nichts dadurch geändert, daß die Freihändlerpreise die obige Wahrheit nur austräumen, um die Auswanderung daran hängen zu können:

Das alles geht allerdings nur vom käuflichen Landwirt, nicht vom Großunter, der habe sich allerdings auch jetzt schon die Zeichen mit den Agrarischen füllen können; dem Bauer könne aber selbst ein nach den Forderungen des Bundes der Landwirte gefälliger Subjektivtarif nicht nützen.

Der Philosoph des Anbessens. Bezüglich der Beurteilung der sozialdemokratischen Gefahr hat man in der letzten Zeit die seltsamsten Überlegungen erlebt. Während der nationalliberale Parteiführer Abg. Baßermann von seinem Glauben an die innere Umwandlung der Sozialdemokratie zu einer bürgerlichen Partei zurückgetreten ist, und während sogar der Abg. Richter neuerdings seine Partei auf den herrschenden Charakter der Sozialdemokratie aufmerksam macht, hat der Philosoph Eduard von Hartmann sich vollständig auf dem Standpunkt der Maurerführerschaft gestellt. In dessen hat bereits vor Jahr und Tag der bekannte Breslauer National-Defonon Julius Wolf darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Gefahr nicht in dem wirtschaftlichen, sondern in dem politischen Programm liegt. Das Lehrgebäude der Sozialdemokratie brach in dem Augenblick zusammen, als sie die Ziele von der Beredlung der Massen stellen ließ, und dadurch den Glauben an eine evolutionäre Entwicklung und an eine langsame Umwandlung des Privat-eigentums in Gesellschaftseigentum aufgab. Dadurch aber war keineswegs das Ziel einer Eroberung der Macht für die proletarische Demokratie preisgegeben. In der Tat haben ja auch die sozialdemokratischen Parteiführer, wie wir schon des öfteren gesehen haben, für die wirtschaftliche Verbesserung der Arbeiter weder ein Interesse, noch ein Verhältnis gehabt. Dagegen haben sie es niemals aus den Augen verloren, die proletarische Bevölkerung in den Besitz der politischen Macht zu legen und dadurch den Staat nach ihren Zielen umzugestalten. Jeder werden ja durch die Gleichgültigkeit der bürgerlichen Parteien die Maßnahmsnahmen und damit ihre Gefahr ganz erheblich vergrößert. Die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Parteien besteht eine immer zunehmende Verminderung auf. Im Jahre 1898 sind etwa 160 000 Wähler weniger an der Urne erschienen als 1893. Von der Zunahme der Wahlberechtigten seit 1890, die sich auf 1 1/2 Millionen beläuft, sind der Sozialdemokratie 700 000 neue Wähler zugegangen. Die bürgerlichen Parteien hätten also noch 500 000 Wähler mehr haben müssen; statt dessen haben die Wahlen eine Verminderung der Wahlbeteiligung von etwa 700 000 Wählern gebracht. In den letzten 5 Jahren hat die Bevölkerung wieder einen Zuwachs von 3/4 Millionen Köpfen erhalten. Wenn die Wahlbeteiligung des Bürgertums in gleichen Maße abnimmt, wie in früheren Jahren, dann würden wir vor der besagten Gefahr stehen, daß sich die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Parteien zu derjenigen der Sozialdemokratie verhält wie 2 zu 1. Was das bedeutet, hat Freiherr von Helldig und Neidich in einer Erwiderung auf die Ausführungen des Philosophen Eduard von Hartmann durch die Kennzeichnung des sozialdemokratischen Widerstandes gegen jede gesetzgeberische Tätigkeit nachgewiesen. Die erste Etappe eines maßgebenden sozialdemokratischen Einflusses wäre der Stillstand der Gesetzgebung.

Der Kaiser im Elfaß. Sonnabend vormittag bald nach 8 Uhr traf der Kaiser auf der Station Tournebois ein, wo er zu Pferde stieg und sich auf den Greizerplatz in Frescati begab, wo das Infanterie-Regiment Nr. 145 Aufstellung genommen hatte. Er ließ die einzelnen Bataillone vorber-marshieren. Nach dem Eintriften der Kaiserin begann gegen 11 Uhr eine Gefehsbung, die in einem Anmarsch auf das Fort Würtenberg bestand. Inzwischen hatten sich die übrigen Truppenteile der Kaiser-Ordonnanz am Paradeplatz aufgestellt. Der Gouverneur von Metz, General von Fächer, leitete die Parade. Die Infanterie-marschirte in Regimentskolonnen vorbei, dann kam die Kavallerie in Schutzbataillonen und die Artillerie in Batteriefronten, die beiden letzteren Truppenteile im Trab. Der Kaiser, der die Uniform des Königs-Infanterie-Regiments trug, führte das Regiment der Kaiserin vor. Das 1. hannoversche Dragoner-Regiment Nr. 9 wurde von dem kaiserlichen Stallhüter Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg, der la suite des Regiments hielt, vorbeführt. Nach dem Vorbeimarsch wurde Kritik abgehalten. Gegen 1 Uhr ritt der Kaiser an der Spitze des Königs-Infanterie-Regiments nach der Kaserne in Montignan. Der Gouverneur von Metz, Generalleutnant Stöcker, ist

Deutsches Reich.

Halle a. S., 18. Mai.
 * Initiativentwürfe im Reichstage. Zu den Hefen, die der Reichstag unverzüglich hinterlassen hat, gehören auch sehr viele Anträge, die von den einzelnen Parteien oder Abgeordneten gestellt worden sind. Nur ein verhältnismäßig recht kleiner Teil dieser Anträge ist überhaupt zu Verhandlung gekommen.

Vier Augenweiden. Sonnabend vormittag fand im Kongresssaale des Reichstages eine Sammelversammlung der deutschen Central-Komitees für die Augenweiden-Aktion statt. ...

Der dem 14. deutschen Bundesfesten, das im Juli d. J. in Hannover stattfand, sind jetzt von allen deutschen Bundesfesten Ehrenbriefe eingetroffen. Die Gesamtliste der Ehrenbriefe für das Bundesfestfest, dessen Protokoll ebenfalls durch die Kongress-Kommissionen hat selbst ...

Ein interessanter Proceß fand in Mailand zur Verhandlung. Der Kommandeur Große Orschi, einer der größten Männermannsall Zeiten, verurtheilt vor Jahresfrist eine Mängelnammlung für 150 000 Lire. ...

Die Strafaufsichtsbehörde in der Schule. Der Hgnoo" ergriff, daß das Gelehrte Weinger, welches Rentien, die wegen geringer Bezüge von einem Male freistellt, einen Strafaufsicht gewährt, wenn sie nicht richtig besetzt, wird ihnen die Strafe höher gemacht, seit einiger Zeit auch in der Schule zu Hauptart zur Anwendung komme. ...

Die Hamburger Vorkette in England. Von dem Polizeigefolge von Cecil (London) wurden zwei Londoner Drucker zu Geiseln genommen, weil sie sich auf die Londoner Vorkette begeben hatten. ...

knapp in den weitesten Kreisen, denn es ist ein unübersehbares Jaube von ... in die Batteriesicher zu bilden und das Leben dort zu bewachen. ...

Telegramme.

Meinungen. 17. Mai. Der Erbrünz und die Erbrünzessin von Sachsen-Meinungen sind heute vormittag hier eingetroffen und haben im erbrünzigen Palais Wohnung genommen. ...

Schönborn. 17. Mai. Antilich wird gemeldet: Bei der Einfahrt des Personenzuges 1504 mit den Mitgliedern des Breslauer Eisenbahnervereins in die Gaststube Schönborns entgleichte heute früh 5 Uhr 30 Minuten die letzten 5 Wagen, vermuthlich infolge vorzeitiger Ummüllung der Einfahrtsschienen. ...

Paris, 17. Mai. Heute kam es zu Ruhestörungen am Ausgang einer Kirche, wo ein ehemaliges Mitglied einer aufgelassenen Kongregation eine Predigt gehalten hatte. Beim Verlassen der Kirche schlossen sich die Teilnehmer des Gottesdienstes zu einem Zuge zusammen und durchzogen das Viertel, wobei sie die Marseillaise sangen und Hochrufe auf die Freiheit und die Republik ausbrachten. ...

Warschau, 17. Mai. Etwa 5000 Personen zogen heute vor die hiesige Prefektur, um dort eine Adresse niederzulegen, in welcher Trennung von Kirche und Staat gefordert wird. ...

Zürich, 17. Mai. Im Gegentheil des Bezugs von Koffen als Vertreter des Königs, des Bezugs von Genava, der Prinzessin Cantillon, von der Schweiz, des Beaufehaltung der Schweizer, die hier die Einweisung des Demials für den Kaiser Goltico gerückt hat. ...

Madrid, 16. Mai. Einem Telegramm aus Melilla zufolge griffen die Truppen des Sultans Raza an und nahmen es im Sturm. Vorher hatten sie die Umgegend des Ortes hinter sich und in Brand gesetzt. Zahlreiche Personen blieben hierbei das Leben ein. ...

Stettin, 16. Mai. Während der gestrigen Parade sprach ein Mann aus dem Volk, als der Kaiser auf dem Platz vor dem Winterpalais die Front der Kavallerie-Regimenter abritt, hervor und fiel vor dem Kaiser auf die Knie, um eine Bittschrift zu überreichen. ...

London, 17. Mai. Wie das Feuer-Bureau aus Santiago meldet, wird von der unterirdischen Seite erklärt, daß zwischen Chile und Brasilien ein Vertrag geschloffen worden sei. ...

St. Petersburg, 16. Mai. Nachdem die Erste Kammer ebenso wie die Zweite heute nachmittags den Antrag befreit die Abtretung Wiens angenommen hatte, hielt der Vizepräsident, Groß-Infanterie-Major, folgende Rede, die die Kammer lebend anhöre: ...

Konstantinopel, 16. Mai. Das Gerücht, daß auf den Orientexpress die Babaschi geschossen worden sei, ist unzutreffend. Das Gerücht entstand dadurch, daß 5 verdächtige Individuen, die sich der Bahnhütte genähert hatten, von der Bahnschache beschossen und verhaftet wurden. ...

Konstantinopel, 16. Mai. Nach einer amtlichen Meldung ist der Einmarsch der Truppen in Spet geendet aber erfolgt. Die Horte ist sehr betrüblich und betrachtet die Affäre als vollkommen beendet. ...

Sofia, 17. Mai. Fürst Ferdinand nahm die Demission des Kabinetts Danew an und betraute den General der Reserve Petrow mit der Bildung des neuen Kabinetts. ...

Melbourne, 17. Mai. Die Australischen Agenten sind verläufig ab undzugehen, da die Regierung zu laute Begehungen stellt, und die Leiter des Auslands nicht wieder einstellen will. Sie werden sich morgen in einer Verammlung darüber entscheiden, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen werden oder nicht. ...

Wetter-Nachrichten auf Grund der Berichte der deutschen Wetterämter in Hamburg. (Wachdruck verstanden.)

Table with columns: Station, Date, Temperature (Celsius), Wind direction/speed, etc. Includes locations like Berlin, Hamburg, Breslau, etc.

Börsen- und Handelsstatistik.

Berlin, 16. Mai. Schlachtwiehmacht. (Mittlicher Bericht der Direction.) Zum Verkauf standen: 3773 Rinder, 1203 Schafe, 8197 Schweine, 8923 Schenke. ...

Hamburg, 16. Mai. Bericht der Notierungskommission. Den Schweinemerkten auf dem Viehhof Grenzhaagen an der Lagerstätte waren in der Woche von 9. bis 15. Mai im ganzen 7281 Stück zum Abtrieb ausgeführt, und zwar 2553 Stück vom Eiden und 4728 Stück vom Norden. ...

Table showing market prices for various goods like wool (Wolle), grain (Getreide), etc. with columns for item name, price, and quality.

Berlin, 16. Mai. (Berliner Produktenbörsen.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Freitag: Weizen markt. 161,00-162,00 M. ab Bahn. Roggen markt. 132,50 M. ab Bahn. ...

